

Vorsitzender *Erich Ollenauer*: Genossinnen und Genossen! Sie haben den Vorschlag des Genossen *Wenke* gehört. Ich nehme an, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß wir das vom Genossen *Wenke* verlesene Telegramm an die Verunglückten abschicken. — Ich höre keinen Widerspruch; das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Punkt 8 der Tagesordnung, und zwar zunächst zur

#### Wahl des Parteivorstandes.

Ich bitte Sie, die Vorlage Nr. 7 dabei zur Hand zu nehmen. Parteivorstand und Parteiausschuß haben zu diesem Punkt der Tagesordnung drei Anträge vorgelegt, und ich möchte einige Bemerkungen im Namen des Parteivorstandes und Parteiausschusses zu diesen Anträgen machen.

Parteivorstand und Parteiausschuß sind sich darin einig, daß die Ausdehnung unserer Arbeit im Büro des Parteivorstandes und die vor uns liegenden zahlreichen Aufgaben, die dringend in Angriff genommen werden müssen, es notwendig machen, daß wir die Zahl der besoldeten Parteivorstandsmitglieder erhöhen. Wir kommen mit den wenigen uns jetzt zur Verfügung stehenden Kräften nicht aus, wenn wir die Aufgaben befriedigend erledigen wollen. Der Parteivorstand hat beschlossen, dem Parteitag vorzuschlagen, die Zahl der besoldeten Mitglieder von fünf auf acht zu erhöhen und damit ihm die Möglichkeit zu schaffen, wenigstens einen Teil der dringendsten Bedürfnisse zu erfüllen.

Wir haben uns ferner im Zusammenhang mit dieser Frage auch mit der Frage beschäftigt, ob wir bei einer solchen Erhöhung der Zahl der besoldeten Vorstandsmitglieder nicht auch eine Erhöhung der Gesamtzahl der Mitglieder des Parteivorstandes vornehmen sollen, um einen möglichst großen Kreis von führenden Vertretern der Partei an der aktiven Arbeit des Parteivorstandes zu beteiligen. Parteivorstand und Parteiausschuß schlagen Ihnen vor, die Zahl der Mitglieder von jetzt 28 auf 30 Mitglieder insgesamt zu erhöhen. Sie finden diesen Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses unter Antrag Nr. 46. In der Ihnen vorliegenden Formulierung ist ein Druckfehler enthalten, den ich zu berichtigen bitte. Es heißt: Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, sechs — und nicht acht — besoldeten Mitgliedern und 22 unbesoldeten Beisitzern.

Wir haben Ihnen für die Personenwahl einige Vorschläge zu machen, die sich auf einen gemeinsamen Beschluß des Parteivorstandes und des Parteiausschusses gründen. Wir schlagen Ihnen außer den bisherigen besoldeten Mitgliedern des Parteivorstandes vor, die Genossin *Hertha Gotthelf*, die bisher das Frauensekretariat der Partei geleitet hat, als besoldetes Vorstandsmitglied zu wählen. Wir schlagen Ihnen weiter vor, einen zweiten Genossen als besoldetes Vorstandsmitglied heute zu wählen, der in erster Linie die Aufgabe haben soll, die organisatorischen Arbeiten in der Partei in die Hand zu nehmen, und zwar ist der Kandidat des Parteivorstandes und Parteiausschusses der Genosse *Egon Franke*, der bisherige Bezirkssekretär eines unserer größten Bezirke, des Bezirks Hannover.

Wir haben in dieser Vorlage im Antrag Nr. 46 gebeten, eine Erhöhung der Zahl der besoldeten Mitglieder von fünf auf acht vorzunehmen. Wir machen Ihnen heute aber nur zwei Vorschläge. Wir haben es für richtig gehalten, den dritten Platz, den wir neu zu besetzen haben, heute, ohne daß wir eine völlige Klarheit über den Kandidaten haben, nicht aus dem Stegreif zu besetzen. Parteivorstand und Parteiausschuß bitten den Parteitag, ihm die Möglichkeit zu geben, die Frage der Besetzung dieser Stelle in einer der nächsten Sitzungen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses endgültig zu entscheiden und den beiden leitenden Körperschaften dafür die notwendige Vollmacht zu geben. Sie finden diese Vollmacht in dem Antrag Nr. 47, Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses. In diesem Antrag heißt es, daß Parteivorstand und Parteiausschuß ermächtigt sind, während der kommenden Arbeitsperiode bis zum nächsten Parteitag ein besoldetes Vorstands-

mitglied zu wählen, das mit allen Rechten eines besoldeten Vorstandsmitgliedes dem Parteivorstand angehört.

Zu diesen beiden Punkten haben wir noch einen dritten, den wir ebenfalls in Form eines gemeinsamen Antrags des Parteivorstandes und des Parteiausschusses dem Parteitag unterbreiten. Das ist der Antrag Nr. 45. Wir haben auf dem ersten Parteitag in Hannover die Konstituierung des Parteivorstandes in der Weise vorgenommen, daß der Parteivorstand sich nach seiner Wahl selbst einen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat. Wir haben damals diese Regelung gefunden, weil wir auf diesem ersten Parteitag erst den notwendigen persönlichen Kontakt finden mußten, um in allen diesen Personalfragen die Entscheidungen in voller Übereinstimmung mit den Wünschen der Partei durchzuführen. Wir haben damals auch auf die Tatsache Rücksicht genommen, daß die Partei in den einzelnen Zonen erst allmählich in einen engeren Kontakt kommen mußte, und wir haben deshalb auch bei der Konstituierung des Parteivorstandes die Aufteilung in Zonen in Rechnung gestellt. Parteivorstand und Parteiausschuß sind der Meinung, daß in dem zurückliegenden Jahr die innere Konsolidierung der Partei soweit fortgeschritten ist und daß wir so stark zu einer einheitlichen Partei ohne Rücksicht auf die Zonen Grenzen zusammengewachsen sind, daß es an der Zeit und richtig ist, jetzt wieder zu der alten Übung in der Partei zurückzukehren und den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden durch den Parteitag wählen zu lassen. Um diese Regelung durchführen zu können, ist die Satzungsänderung notwendig, die wir hier unter Antrag Nr. 45 dem Parteitag vorgelegt haben.

Das sind die drei Anträge, über die wir entscheiden müssen, ehe wir zur eigentlichen Wahl kommen können. Ich stelle diese drei Anträge zur Diskussion. — Genosse Mattis, Berlin!

*Hellmut Mattis, Berlin:* Genossinnen und Genossen! Wir werden alle der gleichen Meinung sein, daß die Wahl des Parteivorstandes für unsere Organisation eine der wichtigsten Aufgaben ist, die der Parteitag durchzuführen hat. Die Genossen aus Berlin bedauern, daß über die Kandidaten, die für die Wahl zum Parteivorstand vorgeschlagen werden, erst jetzt kurz vor der Wahl die Namen, die in Frage kommen, bekanntgemacht werden. Es scheint uns zweckmäßig zu sein, daß man eine so wichtige Entscheidung über diejenigen Personen, die in den Parteivorstand zu wählen sind, so trifft, daß den Delegierten doch Zeit gelassen wird, sich darüber Gedanken zu machen. Wir sind uns darüber klar, daß in der augenblicklichen Situation die Dinge nicht anders geregelt werden können, und haben auch gegen die Personen, die hier vorgeschlagen worden sind, bis auf einige Ausnahmen keine Bedenken. Wir möchten aber in diesem Zusammenhang doch den Vorschlag machen, daß bei künftigen Wahlen stärker darauf Rücksicht genommen wird und daß vor allen Dingen die Kandidatenliste rechtzeitig vorher den Delegierten unterbreitet wird, die Liste, die für die Vorstandswahl in Betracht kommt. Denn es muß jedem Delegierten möglich sein, sich über die Kandidaten ein Bild zu machen. Denn derjenige, der in den Parteivorstand gewählt wird, hat eine große Verantwortung, und auch jeder Delegierte, der hier sitzt, ist ja schließlich als Vertreter seiner Wähler in der Partei verpflichtet, seinen Wählern darüber Rechenschaft abzulegen, wen er in den Parteivorstand gewählt hat.

Außerdem scheint es uns nicht gut zu sein, wenn bei der Vornahme von Wahlen für den Parteivorstand nur soviel Kandidaten auf der Vorschlagsliste erscheinen, wie zu wählen sind. Es ist doch in jeder demokratischen Organisation anders üblich, und man kann auch schlecht von einer Wahl sprechen, wenn tatsächlich nur soviel Kandidaten auf der Vorschlagsliste stehen, wie zu wählen sind. Eine Wahl bedeutet doch, daß man eine Auswahl haben muß. Auch das muß unseres Erachtens zum mindesten bis zum nächsten Parteitag soweit geklärt werden, daß in Zukunft die Möglichkeit besteht, zwischen den einzelnen Kandidaten, die vorgeschlagen werden, eine Auswahl zu treffen. Ich glaube auch — die Genossen werden mich verstehen, daß das nicht irgendwie eine Auseinandersetzung um persönliche Dinge sein soll —, daß diejenigen Genossen, die auf der Vorschlags-

liste als Kandidaten erscheinen, nicht deshalb verärgert zu sein brauchen, weil sie nicht gewählt werden. Aber die Möglichkeit zu einer Wahl muß in jeder Organisation gegeben sein, und ich glaube, daß gerade die Sozialdemokratische Partei, die ja auf diesem Gebiete vorbildlich sein will, auch in ihren eigenen Reihen diesen Grundsatz beherzigen sollte. Wenn wir also infolge der augenblicklichen Situation diese Dinge nicht mehr berücksichtigen können, so scheint mir doch der Vorschlag des Parteivorstandes, der im Antrag Nr. 47 zum Ausdruck kommt, nicht annehmbar zu sein. Es ist meines Erachtens ein Ding der Unmöglichkeit, daß die höchste Instanz der Partei, die den Parteivorstand zu wählen hat, dieses Recht aufgibt und es derjenigen Institution übergibt, die von ihr selbst gewählt wird. Der Parteivorstand ist praktisch für uns in der Partei eine Regierung. Er ist unsere Regierung, die wir als Partei für ein Jahr uns wählen. Es ist undenkbar, daß man eine so wichtige Funktion, selbst wenn im Augenblick Schwierigkeiten entstehen sollten, der Organisation überläßt, die selbst dafür gewählt worden ist. Ich würde es deshalb für falsch halten, wenn wir diesen Antrag annehmen, trotz gewisser Schwierigkeiten, die dadurch entstehen können. Ich glaube, jeder Delegierte des Parteitages muß sich der großen Bedeutung und der Verantwortung, die er damit übernimmt, bewußt sein, ob er berechtigt ist, in einer demokratischen Organisation eine Art Ermächtigungsgesetz seinem Vorstand zu übertragen und es diesem Vorstand bzw. dem Parteiausschuß zu überlassen, den wichtigen Mann in den Parteivorstand selbst zu wählen. Unter diesem Gesichtspunkt würde ich vorschlagen, diesen Antrag abzulehnen.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich möchte zu den Ausführungen des Genossen *Mattis* einige Bemerkungen machen. Wir selbst haben das größte Interesse daran, daß jeder Delegierte auf diesem Parteitag die Möglichkeit hat, sich über die vorgeschlagenen Kandidaten ein Urteil zu bilden, ehe er sie wählt. Wir haben alle Möglichkeiten technischer Art geschaffen, um diese Informierung der Delegierten zu ermöglichen. Wir haben am Sonnabend nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und Parteiausschusses die Namen der Genossen und Genossinnen vorgeschlagen, die als Vorsitzende und besoldete Vorstandsmitglieder in Frage kommen. Wir haben ferner in der gleichen Sitzung allen Parteiausschußmitgliedern, d. h. den Delegationsführern der einzelnen Bezirke, den Vorschlag gemacht, bereits am Sonntagabend Besprechungen ihrer Delegierten auch über die Frage der Wahl des Vorstandes abzuhalten.

Soweit also die besoldeten Vorstandsmitglieder in Frage kommen, konnten am Sonntagabend alle Delegierten über unsere Vorschläge informiert sein. Wir haben ferner den Genossen und Genossinnen am Montagfrüh hier im Parteitag mitgeteilt, daß alle diejenigen, die Vorschläge für den Parteivorstand zu machen haben, diese Vorschläge hier bis gestern nachmittag 16.00 Uhr einreichen könnten. Wir haben gestern nachmittag 16.30 Uhr, also eine halbe Stunde nach diesem Termin, wiederum eine Besprechung mit allen Genossen und Genossinnen gehabt, die Vorschläge eingereicht haben. In dieser Besprechung ist den Genossen und Genossinnen die gesamte Liste der Kandidaten für den Vorstand mitgeteilt worden. Es bestand also durchaus die Möglichkeit, jeden einzelnen Delegierten über Inhalt und Umfang der Liste zu informieren.

Wenn wir noch ein besseres technisches Verfahren finden, in einer so kurzen Zeit bei einer so gedrängten Fülle von Aufgaben die Information der Delegierten zu verbessern, dann werden wir das tun; denn hier liegt ein gemeinsames Interesse aller an diesem Parteitag Beteiligten vor.

Was nun die Frage der Wahl selbst angeht, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Stimmzettel, die jetzt zur Verteilung kommen, nicht 29 Namen enthalten, die zu wählen sind, sondern 31. Das sind alle Vorschläge, die uns gemacht worden sind. Es besteht also durchaus die Möglichkeit, daß der Einzelne individuell seine Entscheidung fällt.

Nun noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Genossen Mattis zum Antrag Nr. 47. Genossen und Genossinnen! Wir sind uns der außergewöhnlichen Situation, die durch diesen Antrag dargestellt wird, durchaus bewußt. Wir würden viel lieber heute dem Parteitag einen vollen personellen Vorschlag machen, damit das ganze Recht der Entscheidung bei ihm liegt. Das ist die Lösung, die wir angestrebt haben. Es ist wahrlich nicht unsere Schuld, wenn wir sie bis heute nicht erreicht haben. Aber, Genossen und Genossinnen, Ihr müßt bedenken, wir leben in einer außergewöhnlichen Zeit. Ein Jahr ist eine lange Zeit, wenn wir die Dringlichkeit der Aufgaben sehen. Wir möchten dieses Jahr nicht verlieren. Unter diesem Gesichtspunkt bitten wir hier frei und offen den Parteitag um eine absolut beschränkte Vollmacht in diesem speziellen Falle während des laufenden Geschäftsjahres, und zwar, nicht dem Parteivorstand, sondern dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß dieses Recht zuzubilligen, für den Rest der Geschäftsperiode einen solchen Genossen als vollberechtigtes Vorstandsmitglied zu wählen. Selbstverständlich wird, wenn wir eine solche Wahl vornehmen, dieser Genosse auf dem nächsten Parteitag wie alle anderen Genossen zur Wahl stehen, und der Parteitag hat volle Freiheit, den Entschluß des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zu korrigieren, wenn er diesen Entschluß für falsch hält. Ich glaube, wenn man die Dinge in diesem Zusammenhang sieht, kann man auch als guter Demokrat einer solchen außergewöhnlichen Regelung mit der Beschränkung in der Sache und mit der Beschränkung in der Zeit zustimmen, und ich möchte Sie daher bitten, dem Antrage des Parteivorstandes und Parteiausschusses Ihre Zustimmung zu geben.

Genossen und Genossinnen! Wir kommen dann zur Abstimmung. Ich schlage vor, daß wir zunächst über Antrag Nr. 46 abstimmen, über die Zahl der Vorstandsmitglieder, nämlich Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, sechs besoldete Mitglieder und 22 unbesoldete Mitglieder. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist gegen eine Stimme beschlossen.

Wir kommen dann zu Antrag Nr. 45, der vorsieht, daß die Wahl des Parteivorstandes in allen seinen Funktionen durch die direkte Wahl im Parteitag erfolgt. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen dann zu Antrag Nr. 47. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag Nr. 47 ist gegen 61 Stimmen angenommen worden.

Ehe wir nun zur Wahl kommen, mache ich den Vorschlag, daß wir unsere Mandatsprüfungskommission als Wahlkommission einsetzen. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Das ist so beschlossen.

Genossen und Genossinnen! Wir werden jetzt durch die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission die Stimmzettel für die Wahl des Parteivorstandes an alle Delegierten gegen Vorzeigung ihrer Delegiertenkarte verteilen. Zur Kontrolle wird eine Ecke dieser Delegiertenkarte von den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission abgerissen werden. Ich bitte die Wahlkommission, die Stimmzettel zu verteilen. — Bei der Wahl ist zu beachten, daß auf dem Stimmzettel nur 29 Namen stehen bleiben dürfen. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig. Ich möchte dann noch auf eine Bestimmung unseres Statuts aufmerksam machen. Nach der Statutenänderung, die wir eben beschlossen haben, müssen mindestens vier Frauen in den Parteivorstand gewählt werden. Ich bitte, das bei der Auswahl der Kandidaten zu berücksichtigen.

Genossen und Genossinnen! Haben alle Delegierten einen Stimmzettel bekommen? — Die Stimmzettel werden jetzt eingesammelt. — Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? — Dann ist die Wahlhandlung geschlossen.

Wir kommen nun zu Punkt 8b der Tagesordnung:

#### Wahl der Kontrollkommission.

Die Kontrollkommission besteht bis jetzt aus den Genossen

Gustav Bratke  
Walter Damm  
Heinrich Höcker  
Georg Richter  
Adolf Schönfelder  
Karl Seeser  
Jacob Steffan  
Fritz Ullrich  
Christjan Wittrock.

Außer den bisherigen Mitgliedern der Kontrollkommission sind keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen worden. Die bisherigen Mitglieder der Kontrollkommission sind bereit, eine Wiederwahl anzunehmen, so daß wir, wenn der Parteitag damit einverstanden ist, die Wahl der Kontrollkommission auch hier durch eine offene Abstimmung vornehmen können. Wenn aber der Parteitag wünscht, daß wir auch hier eine schriftliche Abstimmung durchführen, dann wird das selbstverständlich getan. Ich möchte also zunächst fragen: Ist der Parteitag damit einverstanden, daß wir die alte Kontrollkommission in der bisherigen Zusammensetzung durch Akklamation wiederwählen? Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist gegen wenige Stimmen beschlossen. Wir kommen dann zur Wahl der Kontrollkommission. Wer dafür ist, daß die Kontrollkommission in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Kontrollkommission ist gegen zwei Stimmen gewählt worden. (Bravo!)

Genossen und Genossinnen! Damit ist der Punkt 8 der Tagesordnung erledigt. Wir kommen jetzt zum Punkt 5 der Tagesordnung:

#### Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie.

Berichtersteller ist der Genosse Prof. Dr. Erik Nölting.

Berichtersteller Prof. Dr. Erik Nölting: Liebe Parteifreunde! Dem Parteitag liegt zu Punkt 5 der Tagesordnung der Antrag Nr. 50 vor, die Resolution zur Wirtschaftspolitik, die einen konzentrierten Extrakt der Arbeit und der Forschungsergebnisse des wirtschaftspolitischen Ausschusses darstellt. Da sie Ihnen vorliegt, brauche ich sie Ihnen nicht vorzulesen, sondern es ist wohl besser, daß ich den Fetzen Zeit, der mir hier gelassen wird, dazu benutze, dieser Resolution einige grundlegende Erwägungen zur Seite zu stellen.

Genossen! Über die erste Phase unserer Bewegung: Begründung und Lehre, und die zweite Phase: Agitation und Werbung hinaus ist der Sozialismus inzwischen in seine dritte Phase eingetreten: Verwirklichung und Erfüllung.

Verwirklichung der sozialistischen Idee auf wirtschaftlichem Gebiete aber bedeutet: Lenkungswirtschaft und Sozialisierung. Als damals nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Deutschlands im Jahre 1918 der deutschen Sozialdemokratie die erste große Chance zufiel, ihre Theorien in die Tat umzusetzen, da war die Partei — warum das beschönigen und warum das verschweigen? — weder gelstig noch organisatorisch noch machtmäßig in ausreichendem Maße auf eine solche Aufgabe vorbereitet. Man hat damals nur getrommelt, ohne den Marsch anzutreten. Uns fehlte die große zusammenfassende Konzeption, und hinter dem Radikalismus der Formel verbarg sich weitgehend eine nur schlecht verhüllte